



Beschluss

TOP I.19

Rechtsstaatskampagne der Länder zur Förderung der Nachwuchsgewinnung in der Justiz – ein starker und wehrhafter Rechtsstaat braucht eine leistungsfähige Justiz

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Bremen, Saarland, Sachsen und Thüringen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister bekennen sich erneut zur zentralen Bedeutung der Justiz für einen starken und wehrhaften Rechtsstaat und nehmen die Ergebnisse der Länder-Arbeitsgruppe "Rechtsstaatskampagne zur Nachwuchsgewinnung" zur Kenntnis.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass die von den Ländern gemeinschaftlich durchgeführte und finanzierte bundesweite Rechtsstaatskampagne zur Nachwuchsgewinnung (bestehend aus Kinospot und Landingpage) eine Reichweite von über 2,0 Millionen Personen erzielt hat. Die Kampagne rückt die Rolle der Justiz als Garantin für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit überzeugend in den Mittelpunkt und präsentiert die Justiz als attraktive Arbeitgeberin mit vielfältigen Berufsmöglichkeiten.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen, dass die Nachwuchsgewinnung weiterhin in allen Funktionsbereichen zu den zentralen Zukunftsthemen und Herausforderungen der Justiz im Bund und in den Ländern gehört. Auch zukünftig ist hochqualifizierter Nachwuchs für besetzbare Stellen in der Justiz sicherzustellen. Mit diesem Ziel wird das Koordinationsteam (bestehend



aus BY, NW, NI, BE und RP) beauftragt, weitere länderübergreifende Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung in Abstimmung mit der Länder-Arbeitsgruppe zu prüfen. Vorbehaltlich der jeweiligen haushalterischen Möglichkeiten kommen Werbemaßnahmen wie Audio-Spots z.B. für Streamingdienste oder Podcasts sowie überregionale Printmedien in Betracht. Der Bund wird gebeten, sich inhaltlich und finanziell zu beteiligen.

4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Länder-Arbeitsgruppe "Rechtsstaatskampagne zur Nachwuchsgewinnung" im Jahr 2027 über den Stand weiterer länderübergreifende Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung zu berichten.